



BDSV STANDPUNKT

Wertekreislauf aus Stahl

Recyclingstandort Deutschland: Denkanstöße für die neue Bundesregierung und den neuen Bundestag

Die BDSV – Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen – ist ein bundesweit tätiger Wirtschaftsverband und vertritt die Interessen von über 600 Unternehmen, die in den Bereichen Stahlrecycling und weiteren Entsorgungsdienstleistungen tätig sind. Die Unternehmen beschäftigen derzeit etwa 35 000 Mitarbeiter und erwirtschaften einen Jahresumsatz von etwa 10 Mrd. Euro. Die BDSV ist damit der größte Stahlrecycling-Verband in Europa und hat für den Recyclingstandort Deutschland eine enorme Bedeutung.

Die Welt des 21. Jahrhunderts steht vor großen Herausforderungen. Es müssen zum einen wirtschaftliche und materielle Ansprüche einer wachsenden Weltbevölkerung bewältigt werden. Zum anderen sind die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu überwinden. Es müssen Lösungen gefunden werden, um dem Klimawandel, der weltweiten und der zunehmenden Umweltverschmutzung begegnen zu können. Ökologie und Ökonomie müssen in Einklang gebracht werden. Denn ökologische, technisch machbare Lösungen setzen sich nur durch, wenn sie wirtschaftlich tragfähig ist. Deutschland hat die Chance, Weltmarktführer bei der Umwelttechnik zu sein.

Deutschlands Umwelttechnikbranche hat in manchen Bereichen Weltmarktanteile zwischen 6 und 30 % erreicht. Die Unternehmensberatung Roland Berger hat im Auftrag des Bundesumweltministers in 2006 und 2007 eine detaillierte Untersuchung der Umwelttechnologie-Branche durchgeführt und für diesen Wirtschaftszweig in den nächsten Jahren ein starkes Wachstum ermittelt. Die Branche wird – was den Umsatz betrifft – bis 2030 sogar stärker wachsen als der Fahrzeugbau und der Maschinenbau. Viele Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft betrachten die Umwelt- und speziell auch die Recyclingtechnik nicht mehr als „Modeerscheinung“. Es werden große Hoffnungen auf diesen Wachstumsmarkt gesetzt, um auch den Stillstand in anderen Bereichen aufzufangen.

Umwelttechnologieunternehmen erwirtschafteten in Deutschland im Jahr 2007 rund 8 % des Bruttoinlandsprodukts, bis 2020 wird sich dieser Anteil

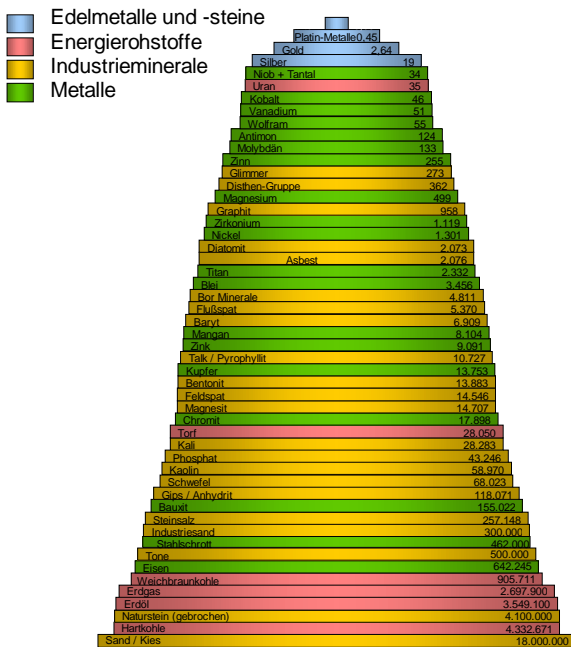
bis auf 20 % erhöhen. Nicht zu vergessen sind die zahlreichen Arbeitsplätze, die in dieser noch recht jungen Branche geschaffen wurden. Die Branche gehört sicher auch zu einem der innovativsten Bereiche. In den letzten Jahren sind durch hohe Ausgaben für Forschung und Entwicklung viele neue Technologien entstanden, die Deutschland an die Weltspitze brachten.



Insbesondere die Leistungen der Recyclingwirtschaft lassen sich sehen, denn Ressourcenschonung wird angesichts weltweiter Rohstoffengpässe zum Megatrend der Industrie- und Umweltpolitik. Sekundärrohstoffe bilden heute schon eine tragende Säule der Rohstoffversorgung der europäischen Industrie. So beruhte z. B. im Jahr 2008 die Rohstahlerzeugung in Deutschland mit 45,8 Mio. Tonnen zu etwas mehr als 45 % auf der Basis des Sekundärrohstoffes Stahlschrott. Damit ist Stahlschrott neben dem Primärrohstoff Eisenerz einer der wichtigsten Rohstoffe in der deutschen Stahlindustrie.

Umweltpolitik - Rohstoffe effizienter nutzen

Menschen produzieren Abfall. Die Menge ist umso höher, je höher der Wohlstand in den jeweiligen Ländern ist. Beim Hausmüll reicht die Spanne von 200 kg pro Einwohner und Jahr in den Entwicklungsländern bis zu 800 kg pro Einwohner und Jahr in den Industrienationen. Die Folgen der globalen Abfallmengen sind verheerend, die Kosten für die Entsorgung enorm hoch. Die Deponierung von Abfall kann zur Umweltverschmutzung führen und die Emissionen belasten das Klima. Auf der anderen Seite ist die Deponierung auch eine enorme Verschwendung von Rohstoffen. Sämtliche umweltpolitische Bemühungen sind deshalb in den nächsten Jahren darauf auszurichten, das Rohstoffpotenzial im Abfall besser zu nutzen. Die EU 27 hat ein großes Problem. Sie ist rohstoffarm! Wie die Weltrohstoffpyramide veranschaulicht, muss der weit überwiegende Teil energetischer und metallischer Rohstoffe importiert werden.



Deutschland hat in den letzten Jahren viele Maßnahmen angestoßen, um Abfälle an der Anfallstelle getrennt zu halten, gemischte Abfälle aufzubereiten und sie in den Rohstoffkreislauf zurückzuführen. Die Deponierung organikhaltiger Abfälle ohne Vorbehandlung ist mittlerweile in Deutschland verboten. Deutsche Entsorgungstechnik ist zum Exportschlager geworden und kann sich weltweit sehen lassen.

Die Aufbereitung von Stahl- und NE-Metallschrotten erfreut sich einer langen Tradition, die

zurückgewonnenen Sekundärrohstoffe werden in den Stahlwerken und Metallhütten ohne Qualitätsverlust wieder eingeschmolzen. Die Rückgewinnung von Schrotten führt zu einer immensen Ressourcenschonung und zur Einsparung von CO₂. **Durch das Einschmelzen von 1 t Stahlschrott im Vergleich zum Einsatz von Primärrohstoffen werden ca. 1 t CO₂, ca. 650 kg Kohle sowie 1,5 t Eisenerz eingespart.** Die immensen Erfolge bei der Abfallentsorgung für Klima- und Umweltschutz müssen gesichert und ausgebaut werden.

Deshalb stellt die BDSV folgende Forderungen:

- Haushaltsnahe Sammelsysteme für Verwertungsabfälle sind flächendeckend in der EU einzurichten. Alle Bürger der EU sollen am „Ressourcensparprogramm“ teilnehmen.
- Die illegale Deponierung ist zu unterbinden.
- Das Rohstoffpotenzial stillgelegter und in Stilllegung befindlicher Deponien ist hinsichtlich eines wirtschaftlichen Rückbaus zu untersuchen.
- Die Abfallrahmenrichtlinie ist so in deutsches Recht umzusetzen, dass schnellstmöglich Rechtsverbindlichkeit und Klarheit für das Abfallendeverfahren und die energetische Verwertung von Abfällen geschaffen wird.
- Stahlrecyclingunternehmen dürfen durch gesetzliche Vorgaben nicht überfordert werden. Als problematisch anzusehen sind in diesem Zusammenhang z. B. die Anforderungen der Technischen Anleitung Luft an den Betrieb von Shreddern und die Anwendung der REACH-Verordnung auf Schrotte, die nach Behandlung durch die Stahlrecyclingunternehmen als sekundäre Rohstoffe aus dem Abfallregime entlassen worden sind. Hier bedarf es dringender Überprüfung, ob der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz gewahrt wird.
- Planungs- und Genehmigungsverfahren bei anspruchsvoller neuer Recyclingtechnik sind zu beschleunigen.
- Illegale Abfallexporte sind zu verhindern, damit Rohstoffe nicht als „Sekundärrohstoffquelle“ verloren gehen (z. B. Elektroaltgeräte, Altfahrzeuge, Kabel).
- Der Rekommunalisierung in der Erfassung von Abfällen ist Einhalt zu gebieten, um die Staatsquote nicht weiter zu erhöhen.
- Sekundärrohstoffe müssen integraler Bestandteil jeder neuen Rohstoffstrategie werden.

Energiepolitik - Nachhaltiges Wirtschaften beruht auf Energieeffizienz

Die Energiepolitik im 3. Jahrtausend steht vor enormen Herausforderungen, weil der Energiebedarf ungebrochen weiter steigt, die Klimaprobleme zunehmen und neue energiesparende Technologien noch deutlich unterrepräsentiert sind. Der weltweit steigende Energieverbrauch und die rasante Wirtschaftsentwicklung bleiben auch nicht ohne Auswirkungen auf die Bekämpfung des Treibhauseffektes. Allein die angenommene Versechsfachung des Pro-Kopf-Stromverbrauchs in China ergibt dort zusätzliche Kohlendioxid-Emissionen von 3,5 Milliarden Tonnen pro Jahr. Dies relativiert die Anstrengungen der Europäer erheblich, den Ausstoß dieses Treibhausgases binnen 20 Jahren um 250 Millionen Tonnen zu reduzieren.

Dadurch, dass manche fossilen Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas) auf der Erde nur in wenigen - teilweise politisch unsicheren - Regionen vorkommen, ist ungewiss, ob die Versorgungssicherheit langfristig gewährleistet ist, auch hier ist Deutschland gefragt, entsprechende Rohstoffsicherung zu betreiben. Die Zukunft der Kernenergie steht politisch zumindest in Deutschland auf tönernen Füßen. Hier gilt es die Endlagerung radioaktiver Abfälle in den Griff zu bekommen sowie die Sicherheit der Kernkraftwerke zu erhöhen. Wie sich die Zukunft der einzelnen erneuerbaren Energieträger ausgestaltet, hängt auch damit zusammen, wie bereits vorhandene ordnungspolitische Maßnahmen in der Lage sind, eine wettbewerbskonforme Marktdurchdringung zu erreichen.

Politische Entwicklungen beeinflussen massiv die Energiepreise, wachsende Märkte in Asien verursachen weltweite Rohstoffverknappung und global agierende Konzerne diktieren die Rahmenbedingungen für eine sichere Energieversorgung. Davon sind auch die energieintensiven Recyclingunternehmen betroffen (z. B. Shredderanlagen). Aus Gründen des Klimaschutzes und der Versorgungssicherheit ist eine wirtschaftliche Förderung der erneuerbaren Energiequellen richtig und sinnvoll. Ob aber alle erneuerbaren Ressourcen (Wind, Sonne, Wasser, Biomasse, Geothermie) zukünftig eine wirtschaftlich tragfähige Energieversorgung gewährleisten können, ist heute noch nicht geklärt. Klar ist, dass das Potenzial dieser Energieträger unbeschränkt ist und deshalb in ganz anderem Umfang verfügbar als die fossilen Energien.



Die Recyclingwirtschaft beobachtet die politischen Bemühungen um eine nachhaltige Energiewirtschaft kritisch, denn schließlich sind Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit unter einen Hut zu bringen.

Nach Ansicht der BDSV sind unterschiedliche Maßnahmen sinnvoll, um Energie sicher, wirtschaftlich und umweltverträglich zu gewinnen und zu nutzen:

- Die Energieeffizienz ist zu steigern, indem in allen Sektoren Effizienzfaktoren festgelegt werden. Die Durchsetzung soll in erster Linie durch ökonomische Anreize geschehen und vor allem dort, wo sich die höchsten Einsparpotenziale ergeben.
- Der Energiepreisanstieg ist zu begrenzen, indem mehr Wettbewerb ermöglicht wird. Dies ist aus heutiger Sicht nur durch die Entflechtung von Netz und Betrieb möglich.
- Der Ausbau der erneuerbaren Energien nach ökologischen und ökonomischen Kriterien ist zu fördern, jedoch sollten Doppelregelungen und Überschneidungen in der Förder- und Subventionspraxis vermieden werden.
- Die Planungs- und Genehmigungszeiten beim Neubau von Biogasanlagen, KWK-Anlagen und Biomassefeuerungsanlagen sind zu beschleunigen.
- Die Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken ist mit unter den Aspekten zu prüfen, ob sich der Energiebezug für die Wirtschaft verbilligt und ob die Fortentwicklung erneuerbarer Energien nicht behindert wird.

Wirtschafts- und Finanzpolitik - Mittelstand fördern und Bürokratie abbauen

Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt, dass sich viele Finanzprodukte von der Realität abgekoppelt haben. Unvorstellbare Risikogeschäfte und Spekulationsblasen haben letztendlich dazu geführt, dass riesige Vermögenswerte in wenigen Wochen vernichtet wurden. Die Folge der Krise spüren nun vor allem die mittelständische Unternehmen – die Säule der deutschen Wirtschaft – bei der Kreditvergabe. Auch in der Krise wird festgehalten am Hausbankprinzip, das in der jüngsten Vergangenheit immer wieder kritisiert worden ist. So müssen Mittelständler weiterhin ihre Kreditanträge an die KfW über ihre Hausbank stellen und abwickeln.

Die Krise sollte genutzt werden, um eine Rückbesinnung der Finanzwirtschaft auf ihre Kernaufgaben herbeizuführen. Die Industrie und vor allem die mittelständischen Unternehmen sind ausreichend mit Kapital zu versorgen, damit deren Liquidität nicht gefährdet wird.



Die Stahlrecyclingbranche hat in der Krise einen starken Absatzeinbruch erlebt, weil die Kunden der Stahl- und Gießereiindustrie ihre Kapazitäten massiv heruntergefahren haben. Um auf die Krise entsprechend reagieren zu können, haben 62 % der Unternehmen der BDSV Kurzarbeit genutzt. Zudem mussten Personal abgebaut, Standorte geschlossen und Aufbereitungs- und Umschlaganlagen stillgelegt sowie LKWs abgemeldet werden.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen müssen so ausgestaltet werden, dass die Unternehmen nicht in ihren Gestaltungsspielräumen behindert werden, sondern dass mutig im Interesse von Wirtschaftswachstum und positiver Beschäftigungsentwicklung Investitionen getätigt werden können und neue Märkte erschlossen werden. Gerade in Zeiten der Krise sind weitere Anstrengungen notwendig, um Standortvorteile für die innovative Recyclingwirtschaft zu erhalten und auszubauen. Im globalen Wettbewerb muss Deutschland mit seiner Umwelttechnik attraktiv bleiben; Arbeitsplätze müssen gesichert werden.

Dafür sind folgende Maßnahmen notwendig:

- Unternehmerische Investitionen müssen breiter gefördert werden, Kredite der KfW dürfen nicht durch Hausbanken blockiert werden.
- Steuererleichterungen sind für die Unternehmen anzustreben, die Sekundärrohstoffe auf den Markt bringen und damit wichtige Leistungen für Umwelt-, Klima- und Gesundheitsschutz erbringen (z. B. durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten von Recyclinganlagen).
- Im Bereich der Umsatzsteuer ist die Einführung eines „Reverse-Charge-Verfahrens“ für Stahl- und NE-Metall-Schrotte dringend erforderlich.
- Kommunale und private Unternehmen sind hinsichtlich der Besteuerung ihrer Dienstleistungen aus Wettbewerbsgründen gleichzustellen.
- Das Mittelstandsentlastungsgesetz ist weiter zu entwickeln, um die Unternehmen vor allem von unnötigen Statistikpflichten zu entbinden.
- Im Sinne des Bürokratieabbaus sind sämtliche Neuregelungen vom Normenkontrollrat einer Gesetzesfolgenabschätzung hinsichtlich negativer Auswirkungen und unangemessen hoher Belastungen der Wirtschaft zu prüfen und ggf. auszusetzen.

Bildungspolitik – Durch Qualifizierung die Mitarbeiter der Zukunft sichern

Die technische Qualitätsführerschaft in der Umwelttechnologiebranche – insbesondere in der Recyclingwirtschaft – basiert in erster Linie auf gut ausgebildetem Personal: Facharbeiter, Kaufleute und Ingenieure im Maschinenbau, der Umwelt- und der Recyclingtechnik. Umwelttechnologieunternehmen schaffen viele Arbeitsplätze. Die Belegschaften der Recycling- und Entsorgungsunternehmen wuchsen von 2005 – 2007 um durchschnittlich 14 %. Auch künftig sollen Raten von 10 % und mehr erreicht werden. Dies sind Zahlen, die eindeutig belegen, dass die Branche einen erheblichen Stellenwert für den deutschen Arbeitsmarkt besitzt.



Der entscheidende Wettbewerbsvorteil dieser Branche muss erhalten und gestärkt werden, vor allem in Zeiten bildungspolitischen Systemwechsels. Derzeit wird die praktische Umsetzung des europäischen Bologna-Prozesses in Deutschland weder den Bedürfnissen der Studierenden noch der Arbeitgeber gerecht. Die Ausbildungsinhalte werden in vielen Bereichen nicht den Anforderungen der Recycling- und Entsorgungsunternehmen gerecht. Der wachsende Bedarf gut ausgebildeter Mitarbeiter sowie der demografische Wandel erfordern in der stark expandierenden Umwelttechnologiebranche weitere Anstrengungen.

Die Ausbildungsinitiative des Bundesumweltministers wird deshalb ausdrücklich begrüßt. Sie trägt auch zur Imageverbesserung der Branche bei. Jedoch zeigt sich in der Praxis immer häufiger, dass bestehende und erst jüngst angepasste Berufsbilder (z. B. Umwelttechnische Berufe) von den Unternehmen der Energie-, Wasser, Recycling- und Entsorgungswirtschaft nicht in ausreichendem Umfang angenommen werden. So haben nur etwa 1 – 2 % der in den Betrieben tätigen Auszubildenden den neuen Beruf ergriffen.

	1999	2005	2006
Betriebe	12.445	12.463	12.801
Auszubildende	21.592	21.099	21.391
Ausbildungsquote	4,5 %	4,9 %	4,9 %

Um den zukünftigen Herausforderungen einer sich ständig verändernden Umweltwirtschaft gerecht werden zu können, sind weitere bildungspolitische Anstrengungen notwendig:

- Die deutsche Hochschulausbildung muss sich auch an den Standards der Unternehmen und nicht ausschließlich an Systemstandards orientieren.
- Diplomabschlüsse für das Ingenieurwesen (wie Umwelttechnik, Maschinenbau) müssen neben den Abschlüssen zum Bachelor- und Masterabschluss möglich sein.
- Der Übergang von beruflich besonders begabten Menschen (ohne Abitur) zur Hochschule muss erleichtert werden.
- Hochschulen sind zunehmend nach den erfolgreichen Modellen sogenannter PPP-Modelle einzurichten.
- Die duale Ausbildung mit der starren dreijährigen Ausbildung zur Fachkraft in den Umwelttechnischen Berufen muss unter Mitwirkung der Recyclingwirtschaft entschlackt und dem technischen Fortschritt angepasst werden.

Verkehrspolitik - Hohe Mobilität braucht leistungsfähige Infrastruktur

Der Verkehrssektor spielt in der modernen Volkswirtschaft eine zentrale Rolle. Erst die Mobilität von Gütern (Rohstoffen, Zwischen- und Fertigprodukten) und Menschen (z. B. Auszubildenden, Berufstätigen, Reisenden, Verbrauchern) gewährleistet letztlich arbeitsteiliges Wirtschaften und Wertschöpfung in allen Wirtschaftssektoren. Statistische Informationen über das Verkehrsgeschehen sind eine wichtige Grundlage von verkehrspolitischen und unternehmerischen Entscheidungen.

Die Fahrleistung (das heißt die insgesamt zurückgelegte Strecke) aller Kraftfahrzeuge in Deutschland stieg seit 1991 um über 20 %. Dabei nahmen die Fahrleistungen im Personenverkehr um etwa 16 %, beim Güterverkehr um etwa 54 % zu. Nach Prognosen verschiedener Verkehrsexperten wird das Verkehrsaufkommen in Deutschland weiter zunehmen, alleine im Güterverkehr zwischen 2004 und 2025 um 79 %.



Auch für die Zukunft wird eine starke Zunahme des Verkehrs erwartet. Deshalb sieht der Bundesverkehrswegeplan im Zeitraum 2001 – 2015 ein Investitionsvolumen von insgesamt ca. 150 Mrd. Euro vor, um den erwarteten Zuwachs im motori-

sierten Personenverkehr (1997 – 2015) um 20 % und im Güterverkehr (1997 – 2005) um 64 % zu bewältigen. Das Eisenbahnnetz der Deutschen Bahn AG ist in den vergangenen Jahren geschrumpft, allerdings wurde in das bestehende Netz wieder deutlich mehr investiert. Dem Rückgang des Eisenbahnverkehrs, besonders nach seiner Umstellung vom gemeinnützigen öffentlichen auf einen gewinnorientierten privaten Bahnbetrieb im Rahmen der Bahnreform ab 1993, steht ein starkes Wachstum des Straßen- und Luftverkehrs gegenüber.

Die steigenden Fahrleistungen und das höhere Transportaufkommen im Bereich der Recyclingwirtschaft sind vergleichbar mit anderen Gütertransporten. So hat sich allein der Umschlag von Abfällen im Hamburger Hafen in einem Zeitraum von 10 Jahren verzehnfacht. Das heißt, nicht nur auf der Straße, Schiene und Wasserstraße, sondern auch in den Häfen ist in der Zukunft mit einem steigenden Frachtaufkommen zu rechnen. Die hohen Anforderungen aus dem steigenden Güteraufkommen erfordern eine leistungsfähige Infrastruktur.

Deshalb sind verschiedene Maßnahmen notwendig:

- Gesamtkonzept erarbeiten für eine umweltverträgliche Vernetzung aller Verkehre und Infrastrukturangebote.
- Nutzung der Einnahmen aus der Mautgebühr ausschließlich für den Ausbau der Infrastruktur.
- Aussetzung der Erhöhung der LKW-Maut.
- Entlastung der Straße durch stärkere Förderung des Schienenverkehrs.
- Wettbewerb auf der Schiene verbessern durch Schaffung marktgerechter Bedingungen für die Privatbahnen.

Impressum:

Herausgeber/Kontakt:

BDSV – Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen
Berliner Allee 48, 404212 Düsseldorf, Tel +49 (0)211 828953-0, Fax +49 (0)211 8528953-20
Mail: zentrale@bdsv.de, Web: www.bdsv.de

Bilder: BDSV-Mitgliedsunternehmen, BGR, Peakofol, Statistisches Bundesamt, BIBB.
© BDSV, 2009.